



In der Rückbauphase befindet sich das stillgelegte Atomkraftwerk Grafenrheinfeld. Atomkraftgegner halten den eingeschlagenen Weg nicht für sicher genug und klagen gegen die Genehmigung. Rechts im Bild das atomare Zwischenlager Bella.

FOTO: ANAND ANDERS

# Klage soll AKW-Rückbau sicherer machen

## Jahrzehntelang haben Atomkraftgegner für das Aus des AKW gekämpft – Nun wird gegen den Rückbau geklagt

Von JOSEF SCHÄFFER

**GRAFENRHEINFELD.** „Seid Ihr verrückt?“ Das hört die Anti-Atomkraft-Aktivistin Babs Günther immer wieder seit bekannt ist, dass der Bund Naturschutz (BUND) gegen die Rückbaugenehmigung des AKW Grafenrheinfeld klagt. „Wir wollen Verbesserungen erreichen“, sagt sie zu den Motiven.

Bei einer Veranstaltung in der Diskothek haben die Kritiker ihr Vorhaben nun öffentlich und ausführlich erklärt. Wie BUND-Kreisvorsitzender Edo Günther (Gochsheim) erläuterte, gehe es darum, beim vor einigen Wochen angefallenen Abhiss mehr Sicherheit, Transparenz und gleichzeitig eine Minimierung der Strahlenexposition zu erreichen. Denn: mit den Grundlagen, nach denen die Behörden die Rückbaugenehmigung erteilt haben, sind die Atomkraftgegner keinesfalls zufrieden.

Eine zentrale Forderung ist, der

Grundsatz, dass es keine Abbauarbeiten geben dürfe, solange noch Brennelemente im Nusslager des Sicherheitsbereichs gekühlt werden. Der letzte Castor-Behälter mit verbrauchtem Brennstoff soll nach Angaben des Betreibers 2022 ins benachbarte Zwischenlager Bella gebracht werden. Aber bereits jetzt, so Rechtsanwalt Ulrich Wollentz (Hamburg), werde im Herzstück der Anlage am Rückbau gearbeitet. Für ihn ein „schwerwiegendes Sicherheitsrisiko“.

Den Knackpunkt der Klage sieht der Jurist in einer fehlenden Sicherheitsüberprüfung gegen Auswirkungen von außen – etwa durch einen Flugzeugabsturz oder einen terroristischen Angriff. Die Genehmigung für den Rückbau verweise „in einem Satz“ auf die Prüfungen, die für die Baugenehmigung des AKW in den 1970er Jahren durchgeführt worden seien. Wollentz argumentiert so: Durch den Rückbau werde die Anlage ständig verändert und ge-

schwächt. Deswegen brauche es stetige Sicherheitsüberprüfungen. Es sei völlig unverständlich, dass dieser Aspekt bei der Genehmigung nicht berücksichtigt worden sei.

### Jurist kritisiert „Salamitaktik“

Wollentz bezeichnet das Vorgehen von AKW-Betreiber Preussen-Elektra als „Salamitaktik“, das Verfahren in Einzelprojekte aufzuspalten. So sei die Baugenehmigung der Baustellungsställe (Behä) für schwach- und mittelhochradioaktive Stoffe, die beim Abriss anfallen, nicht Teil der Rückbaugenehmigung. Dagegen müsse man das Projekt stets in seiner Gesamtheit bewerten, sagte der Jurist. Deswegen klagt der BUND auch gegen die Beha-Baugenehmigung.

Dass die Betriebsgenehmigung mit ihren dortigen Emissionswerten für radioaktive Stoffe trotz Stilllegung und Rückbau weiter gültig ist, kritisiert Wollentz ebenso wie das Freigebekonzert für verstrahlte Bau-

teile, die in handliche Stücke zerklüftet, gesäubert und freigegeben werden sollen. Das sind nur einige der Kritikpunkte, die der BUND in einem dreiseitigen Thesenpapier zusammengefasst hat.

Wollentz tritt den BUND auch bei der Klage gegen den Rückbau des AKW Isar 1 bei Ohu (Lkr. Landshut). Im Oktober könnte es zur ersten mündlichen Verhandlung im Elilverfahren kommen. Möglicherweise ist der Ausgang auch ein Hinweis für Grafenrheinfeld. Doch wie Edo Günther verdeutlicht, geht es den hiesigen Atomkraftgegnern nicht nur um einen möglichen juristischen Erfolg. Sondern die Klage sei Teil der weiterhin erforderlichen „politischen Lobby-Arbeit“, um bei den Korderungen zum Rückbau weiterzukommen.

In Grafenrheinfeld werde auch nach dem für 2033 geplanten Abbaubau keine „grüne Wiese“ übrig bleiben, wie es das bayerische Umweltministerium verlauten ließ. Das

Zwischenlager für hochradioaktive Brennelemente (Bella), das eine Betriebsgenehmigung bis 2046 besitzt, werde dann ebenso vorhanden sein wie wahrscheinlich auch die Lagerhalle für schwach- und mittelhochradioaktive Stoffe (Behä). Für letztere ist der Schacht Komrad bei Salzgitter als Endlager vorgesehen. Wie Ursula Schönberger berichtet, lauten die Planungen seit Jahrzehnten. Der Probebetrieb werde nicht vor 2027 erwartet.

### Fehlendes Vertrauen

Der Redebeteiligte von Schwabheim Altbürgermeister Hans Fischer (SPD) erklärt eines der Grundprobleme der Auseinandersetzung: fehlendes Vertrauen. In Preussen-Elektra und die Behörden. Das Verfahren zeige, so Fischer, dass „die strahlenden Grennen gegen uns arbeiten“. Gerade in der Rückbauphase müsse für die Genehmigungsbehörden das Wohl der Bürger an erster Stelle stehen.